

## Niederschrift

aufgenommen am 12. Juni 1979 im Sitzungssaal des Standes Montafon in Schruns, anlässlich der 25. Sitzung des STANDESAUSSCHUSSES in der laufenden Legislaturperiode.

Aufgrund des Einladungsschreibens vom 29.5.1979 nehmen an der auf heute anberaumten Sitzung teil:

Standesrepräsentant Bgm. Erwin Vallaster aus Bartholomäberg, als Vorsitzender,  
Präsident LAbg. Bgm. Ignaz Battlogg aus St. Anton i.M.,  
Bürgermeister Georg Amann aus Silbertal,  
Bürgermeister Eduard Bitschnau aus Tschagguns,  
Bürgermeister Otto Ladner aus L-orüns,  
Bürgermeister Josef Schwärzler aus Stallehr,  
Bürgermeister Oskar Vonier aus Vandans,  
Bürgermeister Raimund Wachter aus St. Gallenkirch,  
Bürgermeister Harald Wekerle aus Schruns,  
Vizebürgermeister Erwin Pfefferkorn aus Gaschurn, als Vertreter des verhinderten Bürgermeisters Ernst Pfeifer.

Der Vorsitzende eröffnet um 8.30 Uhr die Sitzung. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben.

## Tagesordnung

1. Vorlage der Sitzungsniederschrift vom 10.4.1979.
2. Aufsichtsratsbestellung bei der Montafonerbahn A.G.  
in Schruns - Empfehlung über die Vertretung des Standes Montafon im Aufsichtsrat.
3. Familienhelferin.
4. Montafoner Heimatmuseum.
5. Bericht des Präsidenten LAbg. Bgm. Ignaz Battlogg, bezüglich der Freibank in Bludenz.
6. Bezirksgericht für Montafon - Portalrenovierung - Kostenvoranschlag.

## Berichte

- a) Fa. Liebherr - Müllverrottung.

b) Fa. Waagner Biro - Müllverbrennung.

Erledigung der Tagesordnung:

Zu Pkt. 1):

Die Sitzungsniederschrift vom 10.4.1979 wird in vorliegender Fassung genehmigt und gefertigt.

Zu Pkt. 2):

Für die kommende Generalversammlung der Montafonerbahn A.G. in Schruns, werden als Vertreter des Standes Montafon (Hauptaktionär) folgende Herren vorgeschlagen:

a) Präsident LAbg. Bgm. Ignaz Battlogg aus St. Anton (Aufsichtsratsvorsitzender),

b) Landesrepräsentant Bgm. Erwin Vallaster aus B.berg,

c) Bürgermeister Harald Wekerle aus Schruns.

Einstimmiger Beschluß.

Zu Pkt. 3):

Der Vorsitzende teilt mit, daß man sich in nächster Zeit entscheiden muß, ob eine Familienhelferin bestellt werden soll oder nicht. Der Schulabschluß findet demnächst statt. Es wäre daher vorteilhaft, wenn umgehend die Auswahl getroffen werden könnte, falls vom Stand Montafon aus eine Familienhelferin für die Talschaft angestaut werden sollte.

Eine Einstellung über die Caritas wird voraussichtlich Probleme mit sich bringen, weil von dort aus verschiedene Garantien hinsichtlich der Auslastung gegeben werden müssen. Allerdings ist ein entscheidendes Gespräch mit den Verantwortlichen der Caritas noch nicht möglich gewesen.

Präsident LAbg. Battlogg weist darauf hin, daß die Familienhelferin auch eine wertvolle Ergänzung des Betriebshelferdienstes wäre, weil auch die Bäuerin bei Krankheit, Kindbett, Urlaub usw. eine Hilfe im Betrieb notwendig braucht.

Allerdings werde es schwierig sein eine arbeitszeitliche Einteilung zustande zu bringen, wie sie für den landwirtschaftlichen Betrieb zweckmässig ist. Den auf dem Bauernhof wird eine Hilfe schon in den frühen Morgenstunden (Schulgang der Kinder) und abends bis der Mann von der Arbeit zurückkehrt oder das Vieh versorgt ist, gebraucht.

Im Verlaufe der Debatte wird es für nützlich angesehen, vor einer endgültigen Entscheidung ein Gespräch mit dem Direktor der Caritas und mit dem für die Einteilung der Familienhelferin verantwortlichen Herrn zu führen, zu dem auch alle Bürgermeister einzuladen sind. Wird bei diesen Gespräch festgestellt, daß eine Zusammenarbeit mit der Caritas nicht ganz den Vorstellungen der Gemeinden entspricht, kann immer noch eine andere Lösung (Bestellung einer eigenen Familienhelferin) in den Vordergrund gestellt werden (einstimmiger Beschluß).

Zu Pkt. 4):

Der Anbau an das Montafoner Heimatmuseum wird ab sofort dem Montafoner Heimatschutzverein (Museumsverein) zur Durchführung von laufenden Themenausstellungen und zur teilweisen Unterbringung der heimatkundlichen Sammlung zur Verfügung gestellt bzw. gegen Miete überlassen. Die Miete wird mit S 1.000.- pro Monat festgesetzt, und zwar ab 1. Juli 1979. Alle auflaufenden Betriebskosten wie: Strom, Heizung, Telefon, Wasser usw. gehen zu Lasten des Heimatschutzvereines.

Um einen Überblick über die Gebarung des Vereines zu erhalten, hat der Museumsverein die jeweilige Jahresrechnung dem Standausschuß vorzulegen (einstimmige Beschlußfassung).

In diesem Zusammenhang wird beschlossen, daß die von Drogist Oskar Ganahl vorgelegte Schadensrechnung in Höhe von S 4.880.83 nicht zur Gänze anerkannt wird. Es werden nur die Unkosten für jene Schäden übernommen, die sich auf das Geschäftslokal beziehen. Für die Produkte, die im standeseigenen ehemaligen Menagelokal Schaden gelitten haben, wird kein

Ersatz geleistet, weil Oskar Ganahl rechtzeitig von der Abdeckung dieses Objekte in Kenntnis gesetzt wurde (einstimmige Beschlußfassung).

Zu Pkt. 5):

Präsident LAbg. Bgm. Ignaz Battlogg teilt mit, daß Bezüglich der Freibank, auf Befragen die Gemeinden allgemein die Ansicht vertreten haben, die Stadt Bludenz soll zum Betrieb der Freibank, als Bezirksstadt, einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Verhandlungen mit Bürgermeister Stecher haben hier zu keinem Erfolg geführt. Die Stadt ist bereit einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen, aber die auflaufenden Kosten sollen zur Gänze von den Gemeinden bzw. Landwirten getragen werden. Der zu erwartende Kompromiss wird sich in diesem Rahmen bewegen.

Die anwesenden Bürgermeister bedauern es, daß sich die Stadt Bludenz beabsichtigt gegen die Bauernschaft zu entscheiden.

Zu Pkt. 6):

Das von Steinmetzmeister Karl Schwer in Bludenz vorgelegte Offert über die Restaurierung des Portals bei Gerichtsgebäude (S 33.235.-), wird vorläufig zur Entscheidung zurückgestellt (einstimmige Beschlußfassung).

Berichte:

a) Firma Liebherr in Nenzing - Müllverrottung:

Bürgermeister Oskar Vonier berichtet, daß die Firma Liebherr in Nenzing eine Musteranlage für die Müllverrottung zu bauen beabsichtigt. Die Anlage soll mit Biotürme ausgestattet werden. Die Konstruktion soll sehr platzsparend sein und ausserdem eine bessere Verrottung zur Folge haben. Auch der Klärschlamm könnte mitverwendet werden. Die gleichen Anlagen stehen in Saarbrücken und Freiburg und funktionieren problemlos. Der Tonnenpreis ist aller Voraussicht nach billiger als bei der derzeitigen herkömmlichen Anlage (Häusle).

Bei der anschließenden Debatte wird keine Entscheidung herbeigeführt, weil bekannt ist, daß das Land auf eine Entscheidung des Ausschusses der MüllVerwertung Oberland drängt. Es

sind in nächster Zeit Gespräche zwischen der Regionalgemeinschaft Oberland und der Gemeinde Nenzing zu erwarten. In dieses Gespräch soll auch die Liebherr-Anlage einbezogen werden. Das Ergebnis dieser Gespräche, die als Vorschläge den Gemeinden vorgelegt werden, ist daher abzuwarten.

b) Firma Waagner Biro - Müllverbrennung:

Eine Debatte über diese Anlage wird zurückgestellt, weil die Entscheidung des Ausschusses über die Müllverwertung Oberland abgewartet wird.

c) Jagdpachtschilling für öffentliche Gewässer:

Bezüglich der Anfrage von Bürgermeister Josef Schwärzler, hinsichtlich der Auszahlung des Jagdpachtschillings für öffentliche Gewässer, wie sie vom Landeswasserbauamt vorgesehen ist, wird allgemein die Ansicht vertreten daß öffentliche Gewässer keine Äsungsmöglichkeit bieten und daher auch kein Jagdpachtschilling zu zahlen ist.

Die Berichte werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Jenen Punkten, die auf der Tagesordnung nicht aufscheinen wird die Dringlichkeit im Sinne des Gemeindegesetzes zuerkannt.

Der Vorsitzende schließt um 10.30 Uhr die Sitzung mit dem Dank an die Anwesenden für Ihre Mitarbeit!

Der Schriftführer

Der Standausschuß: